



Presseschau vom 15.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Yale-Epidemiologe: Corona-Krise ist eine von den Behörden erzeugte "Pandemie der Angst"**

Mehrfach gab es in der Corona-Krise Vorwürfe, dass gezielt Panik über die Gefährlichkeit des Coronavirus verbreitet wird. Nun erklärte auch der Yale-Epidemiologe Harvey Risch, dass es sich vor allem um eine "Pandemie der Angst" handle, die von den Behörden verbreitet wurde.

...

<https://kurz.rt.com/2r4n>

Dagmar Henn: **Der Krieg ist abgesagt, aber die Deutschen merken nichts**

Ist etwas passiert bei dem Telefonat zwischen Biden und Putin? Wer die deutsche Presse liest und deutschen Politikern lauscht, denkt das sicher nicht. Die Wirklichkeit ist aber wieder einmal anders. Tatsächlich haben die USA ihren Kurs geändert. ...

<https://kurz.rt.com/2r4m>

Seyed Alireza Mousavi: **Medienkampagnen gegen drei "US-Widersacher": Will Präsident Biden drohende Kriege abwenden?**

Im Zuge einer hybriden Kriegsführung hat der Westen eine groß angelegte Medienkampagne gegen "Widersacher" der USA wie Russland und China sowie Iran gestartet. Präsident Biden steht vor der Entscheidung, ob er sich von Meinungsmachern und Lobbyisten einspannen lässt

und wieder US-Soldaten in Konfliktgebiete verlegt oder den militärischen Interventionskurs der bisherigen US-Politik für beendet erklärt. ...

<https://kurz.rt.com/2r3u>

Susan Bonath: Depressiv mit Corona: Unter Kindern grassiert eine andere Pandemie

Immer mehr Minderjährige leiden unter Depressionen, Ängsten, Ess- und anderen psychischen Störungen. Dies bestätigt nun eine weitere Studie. Die Antwort einiger Politiker? Sie planen den 2G-Ausschluss nun auch für Kinder ab zwölf Jahren. ...

<https://kurz.rt.com/2r4v>

Dmitri Orlov: Globale Gaskriege: Der Spaß fängt erst an!

Das mit der Gasversorgung klappt schon, sollen wir glauben, auch ohne Nord Stream 2. Dabei wird allerdings übersehen, dass es weltweit noch ein paar andere Interessenten gibt, die womöglich bereit sind, weit mehr zu zahlen. ...

<https://kurz.rt.com/2r4y>

abends/nachts:

de.rt.com: Medienberichte: EU plant Abschaffung langfristiger Gas-Lieferverträge, auch mit Russland

Während Russland darauf drängt, die Gaslieferungen nach Westeuropa auf langfristige Verträge umzustellen, hat man in Brüssel offenbar völlig andere Pläne. Die EU will die langfristigen Verträge bis zum Jahr 2049 gänzlich abschaffen, berichtet Bloomberg. Die Europäische Union (EU) will ihren Mitgliedstaaten eine strenge Frist setzen, um langfristige Importverträge für Erdgas zu kündigen. Dies berichtet Bloomberg. Nach Angaben der Nachrichtenagentur beabsichtigt Brüssel, die Verlängerung solcher Verträge bis zum Jahr 2049 zu begrenzen.

Einer der Gründe für diese Entscheidung sei die "grüne" Energiewende, die eine vollständige Beendigung von Treibhausgasemissionen durch die Europäische Union nach dem Jahr 2050 vorsieht. Der Entwurf, der der Nachrichtenagentur vorliegt, soll am 15. Dezember offiziell veröffentlicht werden. Um die Energiesicherheit der Europäischen Union dennoch zu verbessern, beabsichtigt man in Brüssel, mehrere neue Normen einzuführen:

- Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Füllungsgrads der Gasspeicher zu Beginn der Heizperiode. Im September dieses Jahres waren die unterirdischen Gasspeicher in Europa nur zu 72 Prozent gefüllt, der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Analysten nannten dies als einen der Gründe für die steigenden Gaspreise;
- Freiwilliger gemeinsamer Erwerb strategischer Gasreserven durch die Gasfernleitungsnetzbetreiber. Diese Reserven können im Falle unvorhergesehener Umstände genutzt werden;
- Verpflichtung der teilnehmenden Länder, die Risiken zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die Gasspeicher im Besitz ausländischer Unternehmen befinden. Wenn Risiken bestehen, müssten die Länder beispielsweise verbindliche Belegungsquoten für solche Lagereinrichtungen festlegen. Die Tochtergesellschaften von Gazprom in Europa kontrollieren mehrere große Speicheranlagen: Reden, Jemgum und Katharina in Deutschland, Haidach (bei Straßwalchen) in Österreich und Bergermeer in den Niederlanden. Vor Beginn des Herbstes waren sie nur zu 12,8 Prozent ausgelastet, was das Unternehmen auf einen Unfall in einer Kondensat-Aufbereitungsanlage in Nowy Urengoi zurückführte, der zu einer Verringerung der russischen Gaslieferungen über die Jamal-Europa-Pipeline geführt hatte. Bloomberg schätzt, dass die Vorbereitung eines solchen Plans eine negative Nachricht für Russland ist: Moskau bestehe auf langfristigen Verträgen. Im September wies der russische Präsident Wladimir Putin auf die Ablehnung langfristiger Verträge durch die EU hin und

kommentierte den raschen Anstieg der Gaspreis-Notierungen und damit verbundene Schuldzuweisungen gegen Russland. Putin erklärte:

"Auf dem freien Markt in Europa wird derzeit mit 650 Dollar (etwa 577 Euro) pro tausend Kubikmeter gehandelt. Aber es waren kluge Köpfe in der letzten Europäischen Kommission, die die Marktpreise für Gas entwickelt haben, und das ist das Ergebnis ... Und diejenigen, die mit uns in Europa langfristige Verträge abgeschlossen haben, können sich jetzt nur noch die Hände reiben und sich freuen – sonst müssten sie 650 Dollar (577 Euro) zahlen. Aber Gazprom verkauft Gas an Deutschland für 220 Dollar (etwa 195 Euro)."

Mitte Oktober hatte Bloomberg unter Berufung auf Quellen, die den russischen Behörden nahestehen, bereits zwei unterschiedliche Ansätze für Gasverträge beschrieben – einen europäischen und einen russischen. Putin wolle die Spielregeln auf dem Gasmarkt ändern und von Spotverträgen zu langfristigen Verträgen übergehen, wie sie auch Gazprom verwendet. Der Preis an der Börse spiegelt nicht die tatsächlichen Kosten des Gases für die Verbraucher wider, da nur ein kleiner Teil des Gases über die Börse geht. Der größte Teil des Gases aus Russland wird bisher noch immer im Rahmen langfristiger Verträge nach Westeuropa geliefert. Mittlerweile beziehen die meisten von ihnen die Börsennotierungen in die Preisbildung mit ein, aber sie werden nicht allein dadurch bestimmt. Eine Alternative zu langfristigen Verträgen sind Spot-Verträge. Sie werden für einen kurzen Zeitraum abgeschlossen und innerhalb weniger Tage oder eines Monats realisiert. Der Preis des Rohstoffs in Spot-Verträgen kommt den Börsennotierungen so nahe wie möglich. Die wichtigste Drehscheibe für diese Art des Gashandels in Europa ist die niederländische TTF, wo die meisten Transaktionen nach einer Day-Ahead-Formel abgewickelt werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8b33348fbef1560136402.jpg>

snanews.de: **Russland weist Kritik an Veto gegen UN-Klimaresolution zurück – „Dokument absolut unannehmbar“**

Russland hat die breite internationale Kritik an seinem Veto gegen die UN-Klimaresolution im Weltsicherheitsrat entschieden zurückgewiesen.

„Moskau weist Erklärungen Washingtons, dass Russland mit seinem Veto ‚die ganze Welt hat sitzen lassen‘, als inakzeptabel zurück. Die Resolution war tatsächlich völlig unannehmbar“, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag in Moskau.

„Wir sind mit dieser Position nicht einverstanden. Moskau ist ein verantwortungsbewusster Akteur in der Klimaagenda. Das ist eine der Prioritäten der Außenpolitik der Russischen Föderation“, betonte Peskow.

Dem Sprecher zufolge wurde die Position Russlands von mehreren Ländern unterstützt. „Eine Klimaagenda kann kein Faktor sein, der ein Land in seinem Recht auf Entwicklung bremst oder einschränkt. Es kann nicht sein, dass Länder, die jahrelang das Klima geschädigt hatten, um ihre eigene Industrialisierung voranzutreiben, nun Staaten, die sich erst entwickeln, die

Bedingungen diktieren“, kritisierte Peskow.

Klimawandel als Konfliktverschärfer

Die von Irland und Niger im UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution hatte den Klimawandel als Konfliktverschärfer zum Thema und brachte Fragen des Klimaschutzes mit Problemen der internationalen Sicherheit in Verbindung. Auch Indien, das kein Vetorecht besitzt, stimmte gegen den Text. China enthielt sich der Stimme. Somit wurde die Annahme der Resolution verhindert.

Baerbock bedauert Russlands Veto

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bezeichnete die Blockade des Dokuments durch Russland als „sehr bedauerlich“. Der russische Klimaexperte Wassili Jablokow von der Umweltorganisation Greenpeace sagte mit Blick auf Russlands Veto, die Klimakrise verschärfe sich und nehme keine Rücksicht auf Politiker, die in der Vergangenheit lebten. „Die Staaten müssen sich angesichts der allgemeinen Gefahr zusammenschließen und schnellstens die nötigen Mittel für eine Adaption an die Klimakrise freigeben“, betonte er.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0e/4690125_0:53:3071:1780_1920x0_80_0_0_820ba31f2e99f1f96501f2997f9b4a89.jpg

de.rt.com: Türkei will Beziehungen zu Armenien wieder normalisieren

Armenien und die Türkei wollen jeweils Beauftragte zur Normalisierung ihrer konfliktreichen Beziehungen benennen. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind seit Jahrzehnten angespannt, da Ankara sich bisher weigert, die Massaker an Armeniern durch osmanische Truppen im Ersten Weltkrieg als Völkermord anzuerkennen.

Nach jahrelanger diplomatischer Eiszeit wollen sich die Türkei und Armenien wieder Berichten zufolge einander annähern. Armenien sei bereit, die Beziehungen zu normalisieren, teilte das Außenministerium in Jerewan am Dienstag mit. Zuvor hatte Ankara angekündigt, dass beide Staaten Sondergesandte bestimmen wollen, um weitere Schritte abzusprechen.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu teilte am Montag im Parlament mit, die Türkei werde auch Charterflüge zwischen Istanbul und Jerewan wieder aufnehmen. Die Grenzen zwischen den beiden Ländern sind seit Jahrzehnten geschlossen.

Die Türkei pflegt enge Beziehungen zu Armeniens Rivalen Aserbaidshan. Die jüngsten Versuche zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten erfolgt kaum ein Jahr, nachdem die Türkei militärisch in den Bergkarabach-Krieg 2020 intervenierte. Die Türkei trug maßgeblich dazu bei, dass Aserbaidshan diesen Krieg gewann. Nach Darstellung von Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan war die Türkei schuld daran, dass der Streit um die Region Bergkarabach im Südkaukasus überhaupt zu einem militärischen Konflikt wurde.

Die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei sind nicht nur durch die jüngste

Vergangenheit belastet. Während des Ersten Weltkriegs wurden Armenier systematisch verfolgt und getötet. Die Türkei als Nachfolgerin des Osmanischen Reichs gesteht den Tod von 300.000 bis 500.000 Armeniern ein und bedauert die Massaker. Eine Einstufung als Genozid lehnt Ankara jedoch ab.

Die USA unter Barack Obama hatten 2009 eine Schlüsselrolle bei einem Friedensabkommen zwischen der Türkei und Armenien gespielt. Der Druck Aserbaidschans veranlasste Ankara jedoch, das Abkommen auf Eis zu legen. Die Beziehungen sind seitdem angespannt. Es bleibt abzuwarten, ob diplomatische Beziehungen mit der Wiederöffnung der Grenzen aufgenommen werden. Auch Aserbaidschan scheint sich dem Frieden zwischen der Türkei und Armenien nicht mehr entgegenzustellen. Armenien und Aserbaidschan streiten seit Jahrzehnten um die Kontrolle über die Region Bergkarabach. Im Herbst 2020 hatten sie sich wochenlang heftige Gefechte geliefert. Mehr als 6.500 Menschen wurden dabei getötet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8b232b480cc1a6433b100.JPG>

de.rt.com: Falls NATO Moratorium verweigert: Russland droht mit Stationierung von Mittelstreckenraketen

Russland könnte gezwungen sein, atomar bestückte Mittelstreckenraketen auf seinem europäischen Territorium zu stationieren, um auf die Pläne der NATO zu reagieren, die Präsenz von Atomwaffen auf dem Kontinent zu erhöhen, wie ein russischer Spitzendiplomat erklärte.

In einem Interview mit RIA Novosti am Montag hat der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow betont, dass Russland gezwungen sein werde, die Mittelstreckenraketen weiter westlich zu stationieren, als dies derzeit der Fall sei, wenn sich die westlichen Staaten weigerten, ein Moratorium für die nuklearen Mittelstreckenraketen (INF) in Europa zu unterzeichnen. Moskau schlug das Abkommen als Teil eines Maßnahmenpakets zur Entschärfung der anhaltenden Krise in der Ukraine vor. Der russische Spitzendiplomat erklärte:

"Das Fehlen von Fortschritten in Richtung einer politisch-diplomatischen Lösung dieses Problems wird dazu führen, dass unsere Antwort militärisch sein wird. Das heißt, es wird eine Konfrontation sein – die nächste Runde: der Einsatz solcher Mittel von unserer Seite." Atomwaffen mittlerer Reichweite wurden im Jahr 1987 im Rahmen eines Abkommens zwischen dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Führer Michail Gorbatschow in Europa verboten.

Im Jahr 2019 zogen sich die USA jedoch aus dem Abkommen zurück und beschwerten sich, dass der Kreml bereits gegen die Bedingungen verstoßen habe, indem er angeblich Mittelstreckenraketen in Russlands europäischem Gebiet westlich des Uralgebirges stationiert habe. Moskau wies diese Anschuldigung zurück.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zum Dialog aufgerufen, als die USA im Jahr 2019 aus dem Abkommen ausgestiegen waren:

"Wir haben wiederholt davor gewarnt, dass die Beendigung des Vertrags über Mittel- und Kurzstreckenraketen [INF] bedeutet, dass die Region nun mit der Möglichkeit konfrontiert ist, dass diese Schlagwaffen in ihrem riesigen Raum auftauchen und ein neues Wettrüsten die Folge ist."

Russland drängte auf eine Verlängerung des Moratoriums und wies darauf hin, dass es kein Vertrauen in die Zusagen der NATO in Bezug auf die Aufrüstung in Europa hat, wenn diese nicht schriftlich vorliegen. Rjabkow betonte am Montag:

"Die häufigen Beteuerungen der NATO-Leute, sie hätten keine Pläne, solche nuklearen Instrumente einzusetzen, überzeugen uns überhaupt nicht. Vor allem gibt es grundsätzlich kein Vertrauen in das NATO-Bündnis."

Gerhard Mangott, ein österreichischer Experte für Rüstungskontrolle, sagte der Nachrichtenagentur Reuters, wenn die NATO sich weiterhin weigere, über ein neues Abkommen zu verhandeln, werde Russland mit ziemlicher Sicherheit die Mittelstreckenraketen an seiner Westgrenze einsetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8d32c48fbef1c7608b5bf.jpg>

vormittags:

de.rt.com: NATO lehnt Moskaus Forderung nach Moratorium für Stationierung nuklearfähiger Raketen ab

Die NATO weist Moskaus Forderung nach einem Verbot der Stationierung von nuklearfähigen Mittelstreckenraketen in Europa zurück. Gleichzeitig unterstellt man Russland eine Verletzung des von den USA vor Jahren aufgekündigten INF-Vertrages.

Am Dienstag bezeichnete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Moskaus Vorschlag für ein Moratorium über die Stationierung nuklearfähiger Mittelstreckenraketen in Europa als "nicht glaubwürdig". Er erklärte:

"Der Vorschlag Russlands für ein Moratorium ist nicht glaubwürdig, weil wir ein Verbot hatten und sie gegen dieses Verbot verstoßen haben."

Stoltenberg bezog sich dabei auf den Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF), ein wegweisendes Sicherheitsabkommen aus dem Jahr 1987, aus dem die USA bereits im Jahr 2019 einseitig ausgestiegen sind und das Abkommen somit außer Kraft gesetzt haben.

Stoltenberg wiederholte die Anschuldigungen, dass Moskau mit der Stationierung von Raketensystemen, die im Rahmen des INF-Vertrags verboten sind, gegen diesen Vertrag verstoßen habe. Er forderte Russland auf, diese zu demontieren, bevor es Verhandlungen über ein Moratorium anbiete. Er hob hervor:

"Solange Russland also nicht alle seine SSC-8-Raketen, die gegen den INF-Vertrag verstoßen haben, nachprüfbar vernichtet, ist es nicht glaubwürdig, wenn es jetzt ein Verbot für etwas vorschlägt, das es eigentlich schon in Betrieb genommen hat."

Der NATO-Generalsekretär bezog sich auf die russischen Iskander-Raketen, die auch unter dem NATO-Berichtsnamen SSC-8 Screwdriver bekannt sind. Es handelt sich um einen bodengestützten Marschflugkörper, der für den Einsatz mit mobilen Abschussvorrichtungen konzipiert ist. Washington und die NATO haben wiederholt behauptet, die Raketen seien unter Verstoß gegen den INF-Vertrag entwickelt worden, der landgestützte ballistische Raketen, Marschflugkörper und Raketenwerfer mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometer verbietet. Die Iskander-Raketen wurden schließlich von der Trump-Regierung als Vorwand für die Aufkündigung des INF-Vertrags benutzt.

Moskau betonte jedoch, dass die Raketen in "voller Übereinstimmung" mit dem bestehenden Vertrag entwickelt worden seien und eine Reichweite von bis zu 480 Kilometern hätten. Man betonte, dass die USA selbst gegen den inzwischen ausgelaufenen Vertrag verstoßen hätten und verwies dabei auf die in Europa stationierten Mk-41-Aegis-Ashore-Systeme.

Während Washington die Waffensysteme nur als Teil seiner Raketenabwehr darstellt, hat Russland wiederholt darauf hingewiesen, dass die Mk-41-Systeme zum Abfeuern von Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk verwendet werden können, die derzeit ausschließlich von US-Marineschiffen getragen werden.

In den vergangenen Wochen hat der Kreml wiederholt die Ausarbeitung eines umfassenden Sicherheitsabkommens gefordert, zu dem auch die vorgeschlagenen Beschränkungen für die Stationierung von Raketen gehören sollen. Darüber hinaus hat die russische Regierung signalisiert, dass sie den Zusagen der NATO, keine derartigen Raketen zu stationieren, nicht vertraut. Man besteht darauf, dass solche Zusicherungen in rechtlich verbindlicher Form erfolgen müssen.

Der russische Außenminister Sergei Rjabkow bekräftigte diese Haltung. Er warnte davor, dass Moskau letztlich gezwungen sein könnte, selbst Waffen dieser Art in Europa zu stationieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b97f6d48fbef3cfe5e410d.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Russischer Botschafter in London: "Errichtung von NATO-Stützpunkten in der Ukraine inakzeptabel"

Dem russischen Botschafter in Großbritannien zufolge ist nicht auszuschließen, dass London im Rahmen bilateraler Abkommen Militärstützpunkte auf ukrainischem Gebiet errichtet. Der

Diplomat hofft aber, dass die NATO die Unzulässigkeit eines solchen Vorgehens versteht. Die Schaffung von NATO-Militärstützpunkten in der Ukraine ist theoretisch möglich. Dies hat der russische Botschafter in Großbritannien Andrei Kelin in einem Interview erklärt. Kelin wörtlich:

"Theoretisch ist eine solche Situation möglich. Es ist eine privilegierte Partnerschaft, die die Amerikaner mit einer Reihe von Ländern im Osten unterzeichnet haben."

Jedoch gebe es innerhalb der NATO Vertreter, die sich mit diesen Themen und der europäischen Sicherheit auskennen würden. Daher betonte der russische Botschafter:

"Ich denke, sie verstehen, dass ein solches Vorgehen inakzeptabel ist."

Am 13. November unterzeichnete der ukrainische Botschafter im Vereinigten Königreich Vadim Pristajko im Namen seiner Regierung ein ukrainisch-britisches Rahmenabkommen über einen Kredit für Kiew in Höhe von 1,7 Milliarden Pfund.

Konkret sieht das Dokument die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von acht Raketenbooten, den Kauf von zwei Minenräumbooten aus dem Vereinigten Königreich und die Einrichtung von zwei Marinestützpunkten in der Ukraine vor.

Vereinbarungen über die Entwicklung und Stärkung der ukrainischen Marine wurden bereits während eines Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij im Vereinigten Königreich im Jahr 2020 getroffen. Damals wurde ein Memorandum über die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kiew und London im militärischen und militärtechnischen Bereich unterzeichnet.

Aktuell verfügt die Ukraine über einen sogenannten erweiterten Partnerstatus mit der NATO. Allerdings wurde der Regierung in Kiew noch kein Aktionsplan für eine mögliche Mitgliedschaft in dem Bündnis vorgelegt. Ein solcher Aktionsplan wäre jedoch der erste Schritt im rechtlichen Verfahren für den Beitritt des Landes zu der Organisation. Im Februar 2019 billigte das ukrainische Parlament Änderungen an der Verfassung des Landes, die das Ziel eines NATO-Beitritts festschreiben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8eebf48fbef3e2139ddca.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Dezember 3:00 Uhr bis 15. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Bajrak**.

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere

Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschluss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 29.

deu.belta.by: **Lukaschenko über Heldentat im Gesundheitswesen: Das tut kein einziges Land der Welt**

Alexander Lukaschenko hat belarussische Ärzte gelobt, die inmitten der COVID-19-Pandemie einen Weg gefunden haben, Menschen von dieser neuen Krankheit zu heilen. Das hat er heute bei einem Treffen mit den Führungskräften der Region Mogiljow erklärt. In seiner Rede ging der Präsident auf das Thema Pandemie ein. Ihm zufolge sollten wir zwar die Existenz entsprechender Herausforderungen nicht leugnen, aber gleichzeitig gelassen auf die Situation reagieren, die man weltweit manchmal künstlich zu schüren versucht. "Ich will damit nicht sagen, dass es so etwas nicht gibt. Aber es darf keine Psychose herrschen", betonte er.

Das Staatsoberhaupt wies darauf hin, dass in Belarus vor allem auf die Behandlungsmethoden für Menschen, die Bereitstellung von Medikamenten und alle notwendigen Dinge geachtet wird.

Alexander Lukaschenko machte auch auf die Art und Weise aufmerksam, wie eine Reihe von Ländern auf die Proteste ihrer Bürger gegen Lockdown reagieren. "Die Ärzte sind gut, sie haben gelernt, wie die Leute behandelt werden müssen. Sie haben sich schnell orientiert! Was uns von anderen unterscheidet wäre, dass unsere Fachärzte für Infektionskrankheiten (diese Koryphäen) die Menschen am wenigsten behandeln, ich lenke sie nicht davon ab. Sie befassen sich mit der Ausbildung von anderen Fachärzten: Kinderärzten, Chirurgen und anderen. Sie lehren sie und kontrollieren nun, wie sie heilen. Das ist nämlich die Heldentat im Gesundheitswesen! Das ist das, was kein anderes Land auf der Welt tut", so Alexander Lukaschenko.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Staatsoberhaupt auch an die tragischen Folgen der Pandemie unter den Bewohnern von Pflegeheimen in einigen westlichen Ländern, während es in Belarus gelungen sei, ein wirksames System in dieser Angelegenheit aufzubauen.

Alexander Lukaschenko betonte, dass trotz des etablierten Systems der öffentlichen Gesundheitsversorgung die Menschen mehr auf ihre eigene Gesundheit achten und sich regelmäßig körperlich betätigen sollten.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639553385_59226_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 15. Dezember um 9:00 Uhr 21.118 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 476 Personen sind derzeit erkrankt, 17.625 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3017 Todesfälle.

de.rt.com: **China fordert Abrechnung mit USA für Gräueltaten in Afghanistan**

Peking fordert die internationale Gemeinschaft auf, die USA für deren Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Dabei erinnerte das chinesische Außenministerium an den US-Drohnenangriff in Kabul, bei dem zehn Zivilisten, darunter sieben Kinder, getötet wurden. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin erklärte Reportern am Dienstag:

"Während die USA auf ihrem 'Gipfel für Demokratie' von 'Demokratie' und 'Menschenrechten' sprachen, wurden die unschuldigen Menschen, die vom US-Militär in Afghanistan getötet wurden, einfach beiseitegeschoben. Ihre Familien hatten jedoch keine Möglichkeit, sich über ihre Misstände zu beschweren."

Wang fügte hinzu, es sei noch empörender, dass die USA sich geweigert hätten, die Täter zu bestrafen. Er reagierte damit auf die Frage eines Reporters zu der Entscheidung des Pentagons, die am Drohnenangriff auf Kabul am 29. August beteiligten Soldaten nicht zu bestrafen. Der Angriff ereignete sich inmitten des Rückzugs der USA aus Afghanistan und der Machtübernahme durch die Taliban. Wang hob hervor:

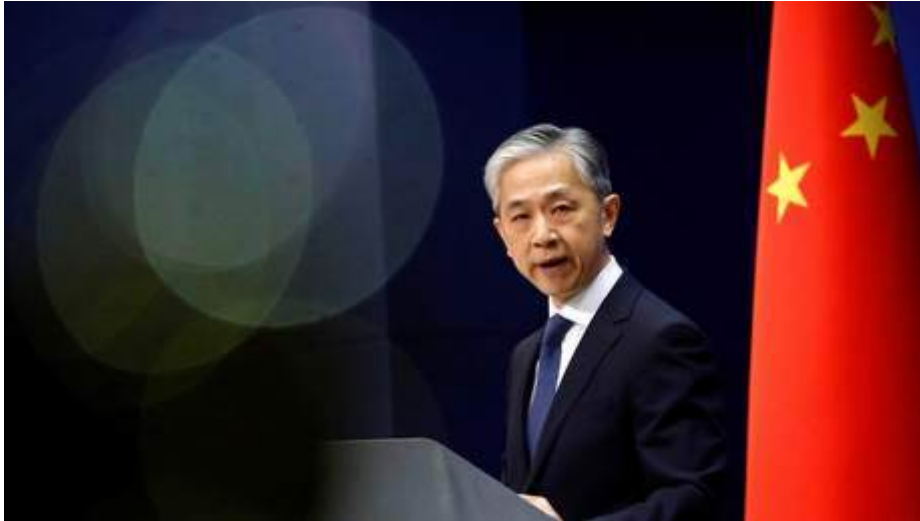
"Wir verurteilen die brutale militärische Intervention der USA in Afghanistan, Irak und Syrien 'im Namen der Demokratie und Menschenrechte'. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Kriegsverbrechen des US-Militärs, das weltweit unschuldige Zivilisten tötet, zu untersuchen und es zur Rechenschaft zu ziehen."

"Die Gerechtigkeit mag sich hinauszögern, aber sie wird nicht verweigert werden. Die Zeit, in der die USA unter dem Vorwand der sogenannten 'Demokratie' und 'Menschenrechte' willkürlich in der Welt agierten, ist vorbei."

Wochenlang beharrte das Pentagon darauf, dass der Angriff "rechtmäßig" gewesen und das US-Militär korrekt vorgegangen sei, um einen "Vermittler" der Terrorgruppe "Islamischer Staat in der Provinz Khorasan" ins Visier zu nehmen. Später räumte man ein, die Tötung des Wohlfahrtsarbeiters Zemari Ahmadi sowie mehrerer Kinder sei "ein Fehler" gewesen.

Am Montag berichteten US-Medien, dass keine der an dem Angriff beteiligten Personen bestraft werde. Der Generalinspekteur der Luftwaffe, der den Angriff untersucht hatte, überließ den Befehlshabern des Zentralkommandos und des Kommandos für Sondereinsätze die Entscheidung, ob die Täter degradiert, ermahnt oder anderweitig bestraft werden sollten. Die beiden Generäle des US-Zentralkommandos lehnten es jedoch ab, Strafmaßnahmen zu empfehlen. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin akzeptierte das Urteil, wie das Pentagon kurz darauf offiziell bestätigte.

Wang verurteilte auch die andauernden US-Sanktionen gegen Afghanistan und sagte, dass China als "freundlicher Nachbar und aufrichtiger Freund" den Wiederaufbau des Landes nach besten Kräften unterstütze.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b99146b480cc28957f628f.JPG>

Mzdnr.ru: Am 14. Dezember wurden in der DVR 1615 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 316 positiv, bei 137 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 64 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 9 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 39 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1190 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 753 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

Am 15. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 115.222 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3634 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 102.770 als gesund entlassen, es gibt 8818 Todesfälle.

snanews.de: „Tiergartenmord“-Prozess: Berliner Gericht verurteilt Angeklagten zu lebenslanger Haft

Das Berliner Kammergericht hat am Mittwoch den 56-jährigen Russen im sogenannten Tiergartenmord-Prozess schuldig gesprochen und ihn zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Der Beschuldigte soll Ende August 2019 einen Georgier tschetschenischer Abstammung im Kleinen Tiergarten in Berlin erschossen haben. Der Getötete lebte seit Ende 2016 als Asylbewerber in Deutschland und wurde von den russischen Behörden als Terrorist eingestuft.

Zu den näheren Hintergründen der Tat sagte der Vorsitzende Richter Olaf Arnoldi zum Auftakt der Urteilsbegründung noch nichts. Das Gericht sei allerdings davon überzeugt, dass es sich bei dem angeklagten Russen um einen Offizier des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB handelt.

Der Beschuldigte hatte zu Beginn des Prozesses über seine Anwälte erklären lassen, er heiße Vadim S. und sei Bauingenieur. Dabei bestritt er jede Verbindung zum russischen Staat. Der Prozess lief seit Oktober 2020 unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Der Fall belastete die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland schwer.

Bei dem Getöteten handelte es sich um den georgischen Staatsbürger Selimchan Changoschwili, der nach Informationen der russischen Sicherheitsbehörden an der Vorbereitung der Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in der Schule von Beslan im Jahr 2004 beteiligt gewesen sein soll. Seine Auslieferung hatte Deutschland informell abgelehnt.

Bei einem Bombenanschlag auf eine voll besetzte U-Bahn in Moskau seien nach offiziellen Angaben 2004 über 40 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Bei der

Geiselnahme in einer Schule von Beslan gab es über 300 Tote und mehr als 780 Verletzte.

nachmittags:

de.rt.com: NATO-Anwärter üben den Schulterschluss: Schweden und Ukraine vertiefen Verteidigungskooperation

Gegen eine vermeintliche Bedrohung durch Russland will das schwedische Verteidigungsministerium die Zusammenarbeit mit der Ukraine vertiefen. Ein verstärkter Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit in militärischer Ausbildung sollen der Ukraine zur "selbstbestimmten Zukunft" verhelfen.

Das NATO-Gastland Schweden hat ein neues Abkommen mit der dem NATO-Bewerber Ukraine beschlossen, welches eine bestehende Übereinkunft aus dem Jahr 2011 ersetzen soll. Dieses Abkommen kam während eines Treffens zwischen dem schwedischen Verteidigungsminister Peter Hultqvist und seinem ukrainischen Amtskollegen Alexej Resnikow zustande.

Die schwedische Regierung schrieb in ihrer Presseerklärung, die beiden Verteidigungsminister hätten "drängende Fragen" erörtert, "darunter die ernste Sicherheitslage an der ukrainischen Grenze zu Russland". Die "Sicherheit Europas und die Souveränität der Ukraine" stünden derzeit auf dem Spiel.

Hultqvist sagte mit Blick auf den Ukraine-Konflikt und die vermeintliche Bedrohung aus Moskau:

"In dieser angespannten Situation ist es wichtig, so zu arbeiten, dass wir den Frieden, aber auch die Achtung des Völkerrechts wahren können."

Die Ziele Russlands würden sich auch in der Ostsee und im Schwarzen Meer in einem "allmählichen russischen Kraft- und Aktivitätsaufbau" beobachten lassen:

"Große komplexe Übungen, bei denen Militäreinheiten, die aus Tausenden von Soldaten bestehen, über große Entfernungen hinweg bewegt werden, seien Beispiele für die zunehmende russische Militärpräsenz."

Gemeinsam wolle Schweden an der "selbstbestimmten sicherheitspolitischen Zukunft" der Ukraine arbeiten. Der ukrainische Außenminister begrüßte die Vertiefung der Beziehungen mit dem skandinavischen Land:

"Die Signale der internationalen Gemeinschaft sind eindeutig. Die Ukraine wird bei einer russischen Invasion nicht alleine dastehen."

Weiter sagte Resnikow, das "weißrussische Regime" würde Menschen benutzen, um auf zynische Weise seine politischen Ziele zu erreichen und Europa zu spalten. Resnikow traf auch auf die schwedische Außenministerin Ann Linde und besuchte schwedische Militäreinheiten, darunter auch das vierte Seeschlachtgeschwader und das Amphibienregiment Berga.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b9bc1648fbef3e173dc922.jpg>

deu.belta.by: **Unter Sanktionsdruck: Lukaschenko ermuntert zum Durchhalten**

Die Sanktionen sollten heute nicht als Anlass dienen, dem Westen lauter Vorwürfe zu machen. Unter dem Sanktionsdruck sollte man aktiver arbeiten und nach neuen Wegen für die Bewältigung von Schwierigkeiten suchen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute beim Treffen mit den Funktionären des Gebiets Witebsk.

„Wer die Situation so hingenommen hat wie sie ist, hat neue Wege und Möglichkeiten gefunden, um weiter zu arbeiten. Natürlich wird es hier Probleme geben. Aber man muss sich bewegen. Man muss durchhalten“, sagte der Präsident.

Es gehe heute nicht nur ums Überleben, sondern vielmehr ums Vorwärtskommen. „Das ist meine harte Forderung an alle. Entscheiden Sie selbst, welche Bereiche in Ihrer Region besonders sensibel sind, und bestimmen Sie ihre weitere Strategie. Wenn Sie nicht nach Lösungen suchen, haben Sie die Regierung auch nicht mehr um zusätzliche Finanzierung zu bitten. Wir haben immense Ressourcen in alle Gebiete des Landes geleitet. Ich erwarte konkrete Resultate, egal wie schwer die Situation ist“, sagte der Staatschef.

"Ausreden werden nicht akzeptiert. Sanktionen sind Sanktionen, aber wir müssen leben und sehr aufmerksam sein“, fügte das Staatsoberhaupt hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639567439_59231_big.jpg

de.rt.com: **Für die "Sicherheit in der Region": Ukraine holt mehr NATO-Truppen ins Land**

Die Ukraine stockt die militärische Präsenz ihrer engsten NATO-Partner weiter auf. Laut dem

ukrainischen Militär müsse das die Sicherheit in der Region stärken. Für Russland ist dies jedoch ein weiteres Zeichen für eine schleichende Inklusion der Ukraine in die NATO-Pläne. Die Ukraine baut die NATO-Präsenz in ihrem Land erheblich aus. Einem am Dienstag verabschiedeten Gesetz zufolge dürfen sich 2022 wie bereits 2021 bis zu 4.000 NATO-Soldaten, darunter 2.000 US-Amerikaner, ganzjährig in der Ukraine aufhalten. Beim Militärgerät wurde die Erlaubnis von zehn Flugzeugen und Hubschraubern auf 40 aufgestockt.

Zudem wurde dem Aufenthalt von bis zu 20 Schiffen von NATO-Staaten in ukrainischen Hoheitsgewässern zugestimmt. Ziel seien taktische Übungen und das Training ukrainischer Soldaten. Darüber hinaus sind im kommenden Jahr zehn Manöver mit ausländischer Beteiligung in der Ukraine geplant.

Wie das ukrainische Portal gordon.ua berichtet, erläuterte der stellvertretende Verteidigungsminister Anatoli Petrenko bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs, dass dessen Verabschiedung die Durchführung von zehn multinationalen Übungen in der Ukraine ermöglichen würde, an denen rund 21.000 ukrainische Soldaten und 11.500 Vertreter von NATO-Ländern und andere ausländische Partner mit entsprechenden Waffen und militärischer Ausrüstung teilnehmen würden.

Er betonte, dass die Durchführung multinationaler Übungen in der Ukraine zur Stärkung der nationalen Verteidigungskapazitäten beitragen und die politischen und diplomatischen Bemühungen um die Sicherheit in der Region unterstützen würde.

NATO-Soldaten bilden seit 2015 ukrainische Streitkräfte für den Kampf gegen die Volkswehr der selbst ausgerufenen Donbass-Republiken Donezk und Lugansk aus. Im Juni 2020 nahm die Allianz die Ukraine in das "Enhanced Opportunities Program" auf. Damit erhielt die Ukraine "erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten an NATO-Manövern und Kooperationsprojekten sowie Zugriff auf ausgewählte geheime Bündnisinformationen" – ein Schritt in Richtung einer NATO-Mitgliedschaft. Nach Schätzung russischer Militärbeobachter stehen mittlerweile mehrere Basen und Ausbildungsstätten auf dem ukrainischen Territorium de facto unter Kontrolle der US-amerikanischen und britischen Kräfte; gemeinsame Übungen zu Land und Wasser sind an der Tagesordnung.

Im militärischen Konflikt im Osten des Landes wurden laut UN-Schätzungen mehr als 13.000 Menschen getötet, wobei der Großteil dieser Opfer aus dem Rebellengebiet stammt. Laut örtlichen Angaben sind 9.000 Zivilisten und Kämpfer der Volkswehr im Krieg gestorben. Menschenrechtsbeauftragte in Donezk und Lugansk werfen der Ukraine schwere Kriegsverbrechen vor, wobei tödliche Munition teilweise aus NATO-Staaten stammt. Der als Minsker Prozess bekannte Friedensplan liegt hingegen auf Eis.

Kiew genießt die politische Rückendeckung aus dem Westen, darunter aus den Ländern des diplomatischen Normandie-Formats Frankreich und Deutschland. Russland unterstützt das vom wirtschaftlichen und politischen Leben abgeschnittene Gebiet mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen. Laut der Minsker Vereinbarungen streben die sogenannten Separatisten aus Donezk und Lugansk nach einem autonomen Status in der Ukraine. Die Ukraine will aber einen homogenen Staat und strebt nach vollständiger Kontrolle über die Grenze zu Russland. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski empfiehlt der prorussischen Bevölkerung in der Region, nach Russland auszuwandern.

Seit dem nationalistischen Staatsstreich in Kiew und der darauffolgenden Abspaltung der Autonomen Republik Krim von der Ukraine Anfang des Jahres 2014 sieht sich Kiew im Krieg mit Moskau. Die Regierung drängt zum NATO-Beitritt, dieser ist seit 2019 als Ziel in der ukrainischen Verfassung verankert. Moskau befürchtet, dass die militärische Infrastruktur aus den NATO-Staaten auch in Umgehung rechtlicher Schranken auf dem ukrainischen Territorium weiter Fuß fasst.

Diese Entwicklung hat Russland in den letzten Wochen wiederholt als rote Linie bezeichnet und eine Vereinbarung über den Stopp der NATO-Osterweiterung gefordert. Der Westen und

die Ukraine haben eine russische Truppenkonzentration im Smolensker Oblast westlich von Weißrussland und nördlich von der Ukraine als Vorbereitung für eine Invasion in die Ukraine bewertet.

Russland wies seinerzeit darauf hin, dass die Ukraine die Hälfte ihrer Militärstärke in der Nähe des Konfliktgebiets zusammengezogen hat. Die OSZE meldet die Präsenz der laut dem Minsker Abkommen verbotenen schweren ukrainischen Artilleriesysteme in der Nähe der Kontaktlinie. Eine rechtliche Lockerung für die Präsenz ausländischer Truppen und Militärgeräte im Land ist in dieser aufgeheizten Situation alles andere als ein Signal zur Entspannung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b9b407b480cc02874a9632.jpg>

snanews.de: Föderationsrat: Westen bemüht sich um Machtwechsel in Russland – Präsidentenwahl im Visier

Die Kommission für staatliche Souveränität des russischen Föderationsrats hat einen Jahresbericht verfasst, in dem es um die Bemühungen westlicher Länder um einen Machtwechsel in Russland geht.

In dem Dokument wird hervorgehoben, dass die Versuche, sich in die diesjährigen Wahlen zur Staatsduma einzumischen, auch langfristige Ziele hätten, so beispielsweise die Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahl 2024.

Laut dem Bericht versuche der Westen damit, Russland von außen steuerbar zu machen.

„Eine solche Steuerung ist nicht im Interesse der Sicherheit und des Wohlstands Russlands, sondern als ein Mittel zur Eindämmung der Russischen Föderation und zu ihrer größtmöglichen Schwächung gedacht“, heißt es.

Das Dokument soll am heutigen Mittwoch dem Föderationsrat vorgelegt werden.

Die US-Kongressmitglieder Steve Cohen und Joe Wilson hatten im November im Repräsentantenhaus den Vorschlag unterbreitet, den russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht als Staatsherr Russlands anzuerkennen, wenn er sich 2024 für eine neue Amtszeit bewerben sollte. Der Staatsduma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin sagte in einer Stellungnahme zu dieser Initiative, derartige Handlungen sprächen dafür, dass die USA Angst vor Russland hätten. Wolodin warnte andere Länder vor Einmischungsversuchen in den Wahlprozess.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0f/4695821_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_4e9904167e5b8b00755345bfc402d1e0.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 15.12.2021**

Kämpfer der 30. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Bajrak** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Perwomajskoje aus **Staromichajlowka** mit 82mm-Mörsergeschosse und Granatwerfern beschossen.

Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer acht Stück **Militärtechnik** der 53. mechanisierten Brigade **in drei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert**: zwei Abwehrgeschütze SRK „Strela-10“ und 3RK „Tunguska“ auf dem Gebiet von zwei Objekten in der Nähe eines Wohngebietes von Andrejewka, zwei SRK „Tunguska“ in der Nähe von Dmitrowka und drei SRK „Strela-10“ in der Nähe von Anadol. **Außerdem zieht das Kommando der OOS schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie zusammen.**

So haben Beobachter der OSZE-Mission bei einer Kontrolle der Lagerorte für schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte mit einem Kaliber von mehr als 100mm das Fehlen von 15 Haubitzen „Gwosdika“ und 13 Haubitzen „D-30“ festgestellt.

Um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. Luftsturmbrigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Werchnetorezkoje zu blockieren. Beobachter der OSZE stellen weiter Fälle von **Kriegsverbrechen durch ukrainische Kämpfer** fest.

So hat am 13. Dezember eine Patrouille der Mission in der Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka fünf Durchschüsse an Fenstern aus östlicher Richtung an einem zweistöckigen Mehrparteienwohnhaus in der Uliza Stoshka und einen Krater auf einer Straße in der Nähe festgestellt.

Nach genaueren Informationen entstanden die Schäden durch Mörserfeuer von Seiten der 95. Brigade am 6. Dezember.

Die Materialien zu diesem Sachverhalt werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 95. Brigade Wesser hinzuzufügen.

Wir erhalten weiter Informationen über **Vorfälle und Verbrechen unter Beteiligung von**

Kämpfern der bewaffneten Formationen der Ukraine:

Während der Verminung einer Örtlichkeit nicht weit von Jushnoje im Verantwortungsbereich des 2. Bataillons der 95. Luftsturmbrigade durch eine technische Gruppe der Brigade erfolgte die Detonation einer Sprengeinrichtung, wobei zwei Kämpfer Splitterverletzungen erlitten. Um diesen Fall zu verheimlichen, entschied der Kommandeur der Gruppe, Leutnant Kiletschko, den Vorfall nicht an Brigadestab zu melden. Da er die Verletzungen als leicht einschätzte, brachte Leutnant Kiletschko die Kämpfer zur Behandlung in das nächste Krankenhaus.

Außerdem haben wir Informationen über erste Verluste der kürzlich in der Konfliktzone eingetroffenen 53. mechanisierten Brigade, die nicht mit Kampfhandlungen zusammenhängen, erhalten. Am 14. Dezember entstand bei der Übergabe der Positionen im Gebiet von Starognatowka ein Konflikt zwischen Kämpfern der 53. und der 93. Brigade vor dem Hintergrund des nicht zufriedenstellenden Zustands der Unterstände. Dabei drohte der Unteroffizier Latschewskij aus der 93. mechanisierten Brigade einer Ablösung aus der 53. Brigade mit einer Maschinenpistole und gab zufällig einen Schuss ab, womit er ihn verletzte.

snews.de: Xi-Putin-Gipfeltreffen: Aukus-Pakt im Zentrum der Kritik

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping haben während ihres Gesprächs am Mittwoch den Aukus-Pakt zwischen Australien, Großbritannien und den USA kritisiert. Das teilten russische Medien unter Berufung auf den Berater des russischen Präsidenten Juri Uschakow mit.

Die Videokonferenz der Präsidenten dauerte rund 1,5 Stunden. Die Staatshäupter waren sich einig, dass der Pakt Aukus die Grundlagen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes untergrabe und die Spannungen in der Region eskalieren lasse, so Putins Berater.

Uschakow zufolge äußerten die Präsidenten Bedenken hinsichtlich der US-Aktivitäten, die aktuelle Situation in der asiatisch-pazifischen Region neu zu konfigurieren.

„Besorgnis wurde über die Aktivitäten der Amerikaner bei der Umgestaltung der aktuellen Situation in der asiatisch-pazifischen Region geäußert“, so Uschakow. „Und diesbezüglich wurde sowohl von unserer als auch von chinesischer Seite eine negative Einschätzung über die Bildung neuer Allianzen wie der Indopazifik-Quad-Gruppe und der amerikanisch-englisch-australischen Union geäußert.“

Die Gespräche wurden als „sehr positiv“ beschrieben, wobei Uschakow feststellte, dass es sich um ein Gespräch von „zwei Freunden“ gehandelt habe. Ihm zufolge ist der Grad der Beziehungen zwischen Russland und China viel mehr als nur der zwischen Verbündeten. Zu den Themen, die Xi und Putin diskutierten, gehörten internationale Beziehungen und Sicherheitsfragen. Der chinesische Präsident sei über Russlands Idee zu Sicherheitsgarantien informiert worden, so Uschakow.

Er erklärte, dass der chinesische Präsident Russlands Forderungen nach Garantien unterstütze, dass er sich dessen bewusst sei und das Wichtigste verstehe, was Russland an den westlichen Grenzen Sorgen bereite.

Im Gespräch sei auch Moskaus Idee erwähnt worden, ein Gipfeltreffen der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats vorzubereiten. Laut Uschakow halten die beiden Staats- und Regierungschefs die Abhaltung dieses Treffens im Jahr 2022 für notwendig.

Die im September angekündigte Aukus-Vereinbarung sieht den Erwerb von Atom-U-Booten durch Australien vor. Das Bündnis soll Australien Zugang zu US-Technik für den Bau und Betrieb von Atom-U-Booten ermöglichen. Diese Aussicht hatte bereits bei vielen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft Besorgnis über mögliche Auswirkungen auf die Situation in der Region ausgelöst.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0f/4698723_0:46:3126:1804_1920x0_80_0_0_cf83e3edf9723492444275b1cb3a18aa.jpg

de.rt.com: Russische Botschaft: These der Beteiligung Russlands am "Tiergarten-Mord" ist absurd

Der Botschafter der Russischen Föderation in Berlin, Sergei Netschajew, reagiert mit einer scharfen Pressemitteilung auf Medienberichte, wonach das Landgericht Berlin staatliche Strukturen Russlands hinter dem "Tiergarten-Mord" sieht. Diese These bezeichnete der Botschafter als absurd und kündigte darauf eine baldige Reaktion Russlands an.

Mit einer Pressemitteilung reagierte die Botschaft der Russischen Föderation in Berlin heute Morgen auf das Urteil im Prozess um den sogenannten "Tiergarten-Mord". Der Botschafter kommentierte die in den Medien verbreiteten Zitate aus der mündlichen Urteilsbegründung, wonach das Landgericht Berlin, das heute das Urteil nach einem Jahr Verhandlung verkündete, von einem Auftragsmord ausgeht und hinter diesem staatliche Strukturen der Russischen Föderation sieht.

Der Botschafter bezeichnete diese Annahme als absurd. Die These des "russischen Auftrags" sei während der gesamten Dauer der Ermittlungen und der Verhandlung der Öffentlichkeit aufgezwungen worden. Stichhaltige und überzeugende Beweise sind jedoch bis heute nicht vorgelegt worden. Es sei merkwürdig, "Pseudoermittlungen" und unbelegte Behauptungen politisch engagierter Internet-Plattformen wie Bellingcat oder Insider als "Beweise" anzuerkennen. Ebenso fragwürdig sei es, die gerichtliche Beweisführung auf die sich wiederholt ändernden Aussagen eines von den Geheimdiensten der Ukraine "bearbeiteten Zeugen" zu stützen.

Die Botschaft betrachtet das Verdikt in ihrer Pressemitteilung als einen "unfreundlichen Akt", ist ernsthaft besorgt hierüber und kündigt darauf eine Reaktion Russlands an.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b9df6948fbef3cfe5e416a.jpg>

de.rt.com: **Weißrussland: Gesetz über Genozid am weißrussischen Volke im Zweiten Weltkrieg verabschiedet**

Abgeordnete des weißrussischen Parlaments haben ein Gesetz über den Genozid am weißrussischen Volke im Zweiten Weltkrieg angenommen. Wer nun den Massenmord an Weißrussen leugnet, kann vor Gericht gestellt werden.

Das weißrussische Unterhaus des Parlaments, das Repräsentantenhaus, hat ein "Gesetz über den Völkermord am weißrussischen Volk" während des Zweiten Weltkrieges verabschiedet. Dies meldete der offizielle Telegrammkanal der Regierung des Landes. Die Parlamentarier sprachen sich einstimmig für die Annahme des Gesetzentwurfes aus.

Eingebracht wurde die Gesetzesvorlage in das Parlament mit dem Ziel, "das historische Gedächtnis zu bewahren, die nationale Sicherheit zu stärken und die Verfälschung von Ereignissen und Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen." Das Dokument legt auch die strafrechtliche Verantwortung für die Leugnung des Völkermordes am weißrussischen Volk fest. Die Höchststrafe für Einzelpersonen beträgt nun fünf Jahre Freiheitsentzug.

Zudem definiert das Gesetz den Genozid an der weißrussischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs. Dabei handelt es sich um "von Nazis und nationalistischen Organisationen" während des Großen Vaterländischen Krieges und in der Nachkriegszeit begangene Gräueltaten, deren Ziel "die systematische physische Vernichtung des weißrussischen Volkes war."

Überdies wird im Rahmen des Gesetzes der Generalstaatsanwaltschaft vorgeschrieben, "zusätzliche Maßnahmen zur umfassenden, vollständigen und objektiven Untersuchung der Umstände des Völkermords am weißrussischen Volk" zu ergreifen und die strafrechtliche Verfolgung der am Genozid Beteiligten einzuleiten.

Zudem muss die Regierung Maßnahmen ergreifen, um der Opfer des Völkermords zu gedenken, die Anerkennung der Opfer und die Verurteilung der Täter auf internationaler Ebene voranzutreiben, sowie Bürger in diesem Bereich aufzuklären. Nun muss der Gesetzentwurf noch vom Oberhaus des weißrussischen Parlaments gebilligt werden, bevor er dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt wird.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b9ff6ab480cc02d7090a01.jpg>

snews.de: **Nach Tiergartenmord-Urteil: Zwei russische Diplomaten zu Personae non gratae erklärt – Baerbock**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat heute in Berlin erklärt, dass zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Deutschland zu „unerwünschten Personen“ erklärt worden sind. Dies sei ein „Konsequenz“ aus dem heute gefällten Urteil im so genannten Tiergarten-Mordprozess gegen einen russischen Bürger.

Das Berliner Kammergericht hat am Mittwoch den 56-jährigen Russen Wadim Sokolow (Krasikow) des Mordes an dem georgischen Staatsbürger Selimchan Changoschwili schuldig gesprochen und zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft, welche einen Mord auf Anweisung „von staatlichen Stellen der Regierung der Russischen Föderation“ vermutete, forderte für den Angeklagten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die Verteidigung bestand ihrerseits darauf, dass die Beweisgrundlage unzureichend sei.

Der russische Botschafter in Berlin, Sergei Netschajew, hatte früher am Tag das Urteil als politisch motiviert kritisiert.

Der Tiergartenmord

Im August 2019 wurde der 40-jährige Changoschwili im Berliner Tiergarten erschossen. Der Verdächtige ist der russische Staatsbürger Wadim Sokolow. Sein bürgerlicher Name ist den deutschen Ermittlungen zufolge Wadim Krasikow. Der mutmaßliche Killer soll mit einem Fahrrad an Changoschwili herangefahren sein und ihn aus einer Pistole Glock 26 mit einem Schalldämpfer erschossen haben. Er starb auf der Stelle. Die Anhörungen zu diesem Fall begannen 2020 in Berlin.

Changoschwili, sollte nach Informationen der russischen Sicherheitsbehörden an der Vorbereitung der Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in der Schule von Beslan im Jahr 2004 beteiligt gewesen sein. Seine Auslieferung hatte Deutschland informell abgelehnt. Bei einem Bombenanschlag auf eine voll besetzte U-Bahn in Moskau seien nach offiziellen Angaben 2004 über 40 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Bei der Geiselnahme in einer Schule von Beslan gab es über 300 Tote und mehr als 780 Verletzte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0f/4700233_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_65f643b97aa62927f52caf8061c4aada.jpg

snnews.de: **Russischer Vizeaußenminister: Weißes Haus schürt antirussische Sentiments in Kiew**

Die Äußerungen des Weißen Hauses über eine mögliche Entsendung von US-Truppen nach Osteuropa heizen antirussische Ängste und revanchistische Stimmungen in Kiew an. Darauf verwies der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow gegenüber SNA. Wie die Sprecherin des US-Präsidenten, Jen Psaki, mitteilte, erwäge die US-Administration die Truppenentsendung für den Fall, wenn die Situation in der Ukraine sich verschärfen sollte. Diese Worte zielten vor allem darauf ab, „revanchistische Stimmungen in Kiew und antirussische Sentiments und Einstellungen von Staaten anzuheizen, die sich als ‚Frontstaaten‘ bezeichnen“, so Rjabkow.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte in einem Online-Gespräch den US-Präsident Joe Biden auf eine Sabotage der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine hingewiesen. Putin merkte zudem an, dass die Nato gefährliche Versuche unternehme, das ukrainische Territorium zu erschließen, und das Militärpotenzial vor den Grenzen zu Russland aufzustocken. Darüber sprach Putin auch mit dem britischen Premierminister Boris Johnson. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte dazu, dass die Stimmung in den Medien über die Bewegungen der russischen Armee geschürt werde, um sie weiter zu dämonisieren. Hinsichtlich der Handlungen der USA und ihrer Nato-Verbündeten äußerte Rjabkow die Vermutung, dass sie sich darauf vorbereiteten, „die traurige Erfahrung mit der karibischen Krise“ (der fehlgeschlagene Angriff auf Kuba 1961, Anm. d. Red.) neu aufleben zu lassen. Das Weiße Haus bleibe „auf merkwürdige Weise“ beim Thema der Eskalation an der Grenze zur Ukraine stecken, die es in Wirklichkeit nicht gebe. Dabei habe Washington weder das moralische noch das politische Recht, anzuzweifeln, was Russland auf seinem Staatsgebiet tue.

Der Westen spreche in letzter Zeit immer häufiger über eine „russische Invasion“ und wirft Moskau vor, Truppen an der Grenze zu einem Nachbarstaat zusammenzuziehen. Der Kreml antwortet darauf, man beabsichtige nicht, jemanden anzugreifen, und die jeweiligen Behörden verlegten die Streitkräfte nur nach eigenem Ermessen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0f/4695201_0:126:3193:1922_1920x0_80_0_0_c985a1ecfae51663da2a58cad51183b8.jpg

abends:

sputnik.by: **Innenministerium: 1600 Ausländer erhielten die belarussische Staatsbürgerschaft**

Nicht alle Ausländer erhalten die belarussische Staatsbürgerschaft, da sie nicht immer auf ihre vorherige verzichten können. Dies ist inzwischen die Hauptvoraussetzung für die Beschaffung neuer Dokumente.

Fast 1.600 Ausländer haben in den letzten vier Monaten die belarussische Staatsbürgerschaft erhalten, sagte der Leiter der Abteilung für Staatsbürgerschaft und Migration des Innenministeriums, Alexej Begun.

Er stellte fest, dass die Mitarbeiter der Abteilung seit Mitte August dieses Jahres mehr als 3.500 Anträge von Ausländern auf Erwerb der belarussischen Staatsbürgerschaft geprüft haben. Davon kamen etwa 3000 von Bürgern der Ukraine. In dieser Zeit erhielten 1.600 Ausländer belarussische Pässe, davon 1.400 Ukrainer.

Die Hauptvoraussetzung für die Erlangung der belarussischen Staatsbürgerschaft ist der Verzicht auf die vorherige, aber nicht alle Ausländer können dies tun. Derzeit prüft das Ministerium laut Begun mehr als 200 Bewerbungen von Ukrainern. In naher Zukunft werden die Materialien an die Präsidialverwaltung geschickt, wo sie von der Staatsbürgerschaftskommission geprüft werden.

"Der Antragsteller kann bei den Organen für innere Angelegenheiten am Ort der Antragstellung für den Erwerb der belarussischen Staatsbürgerschaft eine begründete Erklärung vorlegen, in der die Gründe und Umstände angegeben sind, die das Ablegen der bisherigen Staatsbürgerschaft verhindern", erklärte der Leiter der Abteilung.

Neubürger von Weißrussland

Wir erinnern daran, dass am 7. Dezember der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko das Dekret Nr. 480 unterzeichnet hat, wonach 448 Ukrainer die belarussische Staatsbürgerschaft erhielten. Der Pressedienst des Staatsoberhauptes berichtete zuvor, dass diejenigen, die sich darum beworben haben, die Staatsbürgerschaft nach den entsprechenden Anweisungen von Lukaschenkos während des "Großen Gesprächs mit dem Präsidenten" erhalten haben.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/103415/80/1034158073_0:270:5184:3186_1920x0_80_0_0_84ed79f0fc075b9b5aba04b6c7d9f1e9.jpg